

## LMBV: Revierbericht zur Barbarafeier der Bergbausanierer bei Halle

06.12.2017





Eintritt des LMBV-Sanierungsschiffes Kara auf dem Partwitzer See









Senftenberg/Peißen. Die Bewältigung der ökologischen Altlasten in der Braunkohleindustrie als Gemeinschaftswerk zwischen Bund und Ländern wurde in den vergangenen 25 Jahren durch die Verwaltungsabkommen zur Braunkohlesanierung maßgeblich gestaltet. In wenigen Tagen endet das fünfte Abkommen, in dessen Verlauf seit 2013 Leistungen für insgesamt 1,24 Milliarden Euro realisiert wurden. Damit wurden in der Braunkohlesanierung in Summe 10,6 Milliarden Euro eingesetzt.

Bis zum 31. Dezember wird die LMBV in der Braunkohlesanierung Leistungen in einem Finanzierungsumfang von circa 226 Millionen Euro erbracht haben.

Im Rahmen des § 2 des Verwaltungsabkommens wurden Maßnahmen im Wert von 166 Millionen Euro, für die Maßnahmen gegen die Folgen des Grundwasserwiederanstiegs nach § 3 52 Millionen Euro umgesetzt. Zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards in alleiniger Finanzierung durch die Braunkohleländer Brandenburg und Sachsen entsprechend § 4 wurden 8 Millionen Euro aufgewandt. Im Bereich Kali-Spat-Erz werden bis zum Jahresende Leistungen in Höhe von 21 Millionen Euro realisiert.

### **Sanierungsfortschritt in der Lausitz**

Im Rahmen der bergbaulichen Grundsanierung steht die Herstellung der geotechnischen Sicherheit an den Böschungen und Kippen der Tagebaue noch immer im Zentrum.

Kernpunkte der Arbeiten waren zum einen die Fortführung von Verdichtungsmaßnahmen mittels Rütteldruckverfahren am Restloch Greifenhain, die Sicherung des Restloches 38 in Lauchhammer und der Beginn der Herstellung der künftigen Trasse des Ableiters aus dem Sedlitzer See in die Schwarze Elster in Senftenberg. Weitere geotechnische Sicherungsmaßnahmen fanden am Restloch Sedlitz mit Maßnahmen zur Ufersicherung und -gestaltung statt.

Das Schaffen von tragfähigen Lösungen zur Herstellung der geotechnischen Sicherheit auf den Innenkippen der Lausitzer Tagebaue wurde 2017 intensiv fortgeführt. Das Verfahren der schonenden Sprengverdichtung wurde in diesem Jahr auf den Innenkippen der Tagebaue Seese-West in

Brandenburg weiter erfolgreich getestet. Vor wenigen Tagen konnte im Tagebau Seese-Ost eine erste Maßnahme zur flächenhaften Verdichtung auf 19 Hektar beginnen. Auf der Grundlage der festgelegten einheitlichen methodischen Handlungsgrundlage zur komplexen Bewertung der Innenkippenflächen wurde 2017 die Gesamtübersicht über die Innenkippenbereiche aktualisiert. Sie bildet die Grundlage für eine weitere Konzeptfortschreibung und die Planung von Einzelmaßnahmen.

Die Flutung der Lausitzer Bergbaufolgeseen wurde mit rund 148 Millionen Kubikmeter eingeleitetem Wasser fortgeführt. Im Oktober 2016 erfolgte die Wiederaufnahme der Flutung im Großräschener See. „Bei planmäßigem Flutungsverlauf erwarten wir das Erreichen des unteren Zielwasserstandes bereits im ersten Halbjahr 2018. Vor wenigen Wochen haben wir zudem mit der Wasserbehandlung im Großräschener See begonnen“ erläuterte Zschiedrich.

Zur Entwicklung der Wasserbeschaffenheit in den Bergbaufolgeseen erfolgte die Weiterführung der Inlake-Neutralisation mittels Sanierungsschiff im Partwitzer und Schlabendorfer See sowie im Speicherbecken Burghammer/Bernsteinsee. Der Einsatz des LMBV-Gewässerbehandlungsschiffes Klara am Partwitzer See hat sich bestens bewährt. Ausgehend von einem pH-Wert von 2,8 im August des vergangenen Jahres liegt der pH-Wert aktuell bei 7,5. Diese Entwicklung ist im See auch optisch wahrnehmbar.

Auch bei der Bewältigung der Wasserbeschaffenheitsentwicklung der Fließgewässer wurden weitere Fortschritte erreicht. Die ausgeleiteten Frachten über die Spree-Zuflüsse im brandenburgischen Einzugsgebiet vor dem Spreewald konnten teilweise um das Zehnfache reduziert werden. Gleichzeitig wurde die Eisenkonzentration im Gesamtverlauf der Spree von der Talsperre Spremberg bis nach Berlin auf unter 1 mg/l gesenkt. Dieser Wert liegt unterhalb der Sichtbarkeitsgrenze für Eisen.

Mit gezielten Einzelmaßnahmen sind auch im ostsächsischen Einzugsbereich von Spree und Kleiner Spree Fortschritte in der Gewässergüteverbesserung zu erreichen. An der Kleinen Spree in Burgneudorf begannen vor wenigen Tagen die Funktionsproben für eine mobile Wasserbehandlungsanlage und eines Abfangriegels mit zehn Filterbrunnen. Zwei weitere Wasserbehandlungsanlagen an den Hotspots des Eiseneintrags in die Spree befinden sich in der Planungs- und Genehmigungsphase. Eine bereits bestehende Brunnenanlage an der Kleinen Spree mit Ableitung des eisenbelasteten Grundwassers in die Wasserbehandlungsanlage der LEAG in Schwarze Pumpe wurde um vier Brunnen erweitert. „Damit befinden wir uns auf dem richtigen Weg“ betonte Klaus Zschiedrich in seinem Revierbericht.

Die Gefahrenabwehrmaßnahmen gegen die Folgen des Grundwasserwiederanstieges sind im Jahr 2017 gut vorangekommen. Mit der Inbetriebnahme von zwei weiteren Horizontalfilterbrunnen im Ortsteil Brieske sind die komplexen Gefahrenabwehrmaßnahmen im Stadtgebiet von Senftenberg vollständig umgesetzt.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist der Südgraben Altdöbern, welches sich in der unmittelbaren Phase der Fertigstellung befindet. 431 Gebäude werden hierdurch künftig gegen die Folgen des Grundwasserwiederanstiegs dauerhaft geschützt.

### **Sanierungsfortschritt im mitteldeutschen Revier**

Nach der Bewältigung der Folgen des Böschungsabbruches während der laufenden

Verdichtungsarbeiten im Tagebau Nachterstedt im Juli 2016 und der notwendigen Auswertung des Ereignisses wurden die Arbeiten im Jahr 2017 kontinuierlich weitergeführt. Die Herstellung der versteckten Dämme erfolgt nun in der Ostböschung und in der Südwestböschung in angepasster Form. Deutliche Fortschritte sind bei der Sicherung und Gestaltung des ursprünglichen großen Rutschungskessels erreicht. Die LMBV geht bei planmäßigem Bauablauf davon aus, dass eine Zwischennutzung in 2019 möglich sein sollte.

Die Flutung der mitteldeutschen Bergbaufolgeseen wurde 2017 mit 22 Millionen Kubikmeter eingeleitetem Wasser fortgeführt. Im westsächsischen Revier, im Südraum von Leipzig, spielten im Jahr 2017 die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen in den Tagebaubereichen eine wesentliche Rolle. So wurde am Markkleeberger See eine neue Pumpstation zur Gewährleistung des vorgegebenen Wasserstandes errichtet und in Betrieb genommen. Am Störmthaler See wurde mit dem Beginn der Einbindung der Vorfluter Auenhainer Graben und Schlumperbach in den See die letzte Phase der Sanierung begonnen.

Auch im mitteldeutschen Revier nehmen die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr gegen die Folgen des Grundwasserwiederanstiegs einen breiten Raum ein. So wurden eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen an Gebäuden gegen Vernässungen in Sachsen-Anhalt, Westsachsen und Thüringen realisiert. Für die Durchführung von notwendigen Maßnahmen gegen die anstehenden Vernässungen und Kontaminationen im Grundwasser im thüringischen Schelditz wurde die Entscheidung zur Übertragung der Projektträgerschaft auf die LMBV getroffen. Die notwendige Vereinbarung zwischen dem Freistaat Thüringen und der LMBV wird in diesen Tagen unterzeichnet. Ebenfalls endverhandelt ist die Übertragung des Projektes zur Stadtsicherung Bitterfeld von der LMBV auf das Land Sachsen-Anhalt. Die Modalitäten zur praktischen Überführung des Projektes auf das Land befinden sich gegenwärtig in der Endabstimmung.

### **Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards gemäß § 4 des Verwaltungsabkommens**

Die Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards wurden auch im Jahr 2017 in beiden Revieren fortgeführt. Genannt seien hier beispielhaft die Straßenanbindung des Campingplatzes am Nordoststrand des Berzdorfer Sees, die Erweiterung der Schwimmsteganlage in der Marina Klitten am Bärwalder See und die Fertigstellung und Inbetriebnahme eines Schiffsanlegers am Ostufer des Störmthaler Sees. Auf der größten § 4 Baustelle in Westsachsen, dem künftigen Harthkanal zwischen dem Zwenkauer und dem Cospudener See, wurde in diesem Jahr eine Auflastschüttung zur Baugrundverbesserung realisiert. Die eigentlichen Arbeiten zum Bau des Kanals werden in 2018 beginnen.

Auch im nächsten Verwaltungsabkommen ab 2018 wird der § 4 eine vielfältige Rolle spielen. Zur Umsetzung wurde am Rande der Barbarafeier gemeinsam mit Prof. Cramer vom sächsischen Oberbergamt die Vereinbarung unterzeichnet. Mit dem Land Brandenburg ist eine solche Vereinbarung ebenfalls auf dem Weg.

### **Sanierungsfortschritte im Bereich Kali-Spat-Erz**



Am Standort des Bergwerkes Bischofferode wurden die Arbeiten zur Verwahrung der Tagesschächte fortgesetzt. Am 9. Oktober 2017 war im Schacht II die letzte Grubenfahrt. Die Verwahrung der beiden Schächte Bischofferode I und II wird im Jahr 2018 abgeschlossen sein.

Der Versatz im Bergwerk Elbingerode im Harz konnte 2017 weitergeführt werden. In Abhängigkeit vom laufenden Monitoring zur Grundwassergüteentwicklung werden die weiteren Versatzmaßnahmen mit den zuständigen Behörden abgestimmt.

Intensiv arbeitet die LMBV auch weiter an der Reduzierung der Salzfracht, die durch die Kalihalden im Südharzrevier in die Vorfluter Wipper, Unstrut und Saale eingetragen werden. Den Schwerpunkt der Bearbeitung bildet gegenwärtig die Fortschreibung der Konzepte zur Haldenabdeckung und -begrünung.

## **Ausblick**

Das in diesem Jahr unterzeichnete sechste Verwaltungsabkommen stellt die Finanzierung der Braunkohlesanierung bis zum Jahr 2022 sicher und gewährleistet für alle Beteiligten Planungs- und Handlungssicherheit. „Mit der vor uns liegenden nächsten Etappe in der Braunkohlesanierung im Rahmen des sechsten Verwaltungsabkommens von 2018 bis 2022, aber auch in der Verwahrung im Bereich Kali-Spat-Erz werden wir in vielen Projekten die Sanierungsziele erreichen und einen nachhaltigen bergtechnisch sicheren Endstand erreichen“ erläutert Zschiedrich. „Dort gilt es entsprechend des Paragraphen 5 des Verwaltungsabkommens die Übertragung auf vom Bund unabhängige Trägerstrukturen vorzubereiten und umzusetzen. Es wird aber auch Aufgaben geben, wie zum Beispiel die Sicherung der Lausitzer Innenkippen, die Gewässergüteentwicklung in den Bergbaufolgeseen und in den bergbaulich beeinflussten Grund- und Fließgewässern, die auch nach 2022 im Rahmen der Bergbausanierung fortgeführt werden müssen.“ Die LMBV bereitet mit den Planungen schon heute intensiv den technologischen Entwicklungen und mit den genehmigungsrechtlichen Prozessen diese Phase vor.

Abschließend dankte Geschäftsführer Zschiedrich dem Gesellschafter Bundesministerium der Finanzen, dem Aufsichtsrat und den Finanziers der Bergbausanierung nochmals recht herzlich für die positive Begleitung der Geschäftstätigkeit im Jahr 2017 und für das ausgesprochene Vertrauen gegenüber der Geschäftsführung und der Belegschaft, allen Akteuren des Gemeinschaftswerkes Braunkohlesanierung, den Kommunen, den Berg- und Umweltbehörden, den zuständigen Ministerien und den zahlreichen Geschäftspartnern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LMBV.